



## Ross und Reiter

Was für eine Show: Auf dem Gelände des Polo Clubs Hagen-Grinden geht es seit Freitag um den Bankhaus-Neelmeyer Cup. Mit 120 argentinischen Pferden sind die Spieler nach Langwedel gereist, um die Menschen für ihren Sport zu begeistern. Der steht im Ruf der Exklusivität, bietet aber vor allem eins: rasante Action. FOTO: BJÖRN HAKE Bericht Seite 27

ANZEIGE

## Längst überfällig



Silke Hellwig  
zum Verfassungsschutz

Gegen die Reform des Verfassungsschutzes kann man im Prinzip nichts haben. Nur an einem Detail muss man sich massiv stören: dass die Reform überhaupt nötig war. Der Verfassungsschutz ist mehr als 60 Jahre alt, erst jetzt werden die Landesämter zu intensiverer Zusammenarbeit verpflichtet. Seit Jahrzehnten werden V-Leute vom Staat bezahlt und mit Bezahlungen betraut – ob bei der RAF oder in der DDR, bei Salafiten oder Rechtsradikalen –, erst jetzt werden ihrem Einsatz per Gesetz Grenzen gesetzt. Man mag sich gar nicht ausmalen, was in dieser Art rechtsfreiem Raum in der Vergangenheit gedeihen konnte. Was über die Jahre an die Öffentlichkeit gedrungen ist, lässt allherd vermuten. Eine Reform war also überfällig.

Am Grundproblem des Inlandsgeheimdienstes – und dem aller Geheimdienste – ändert die Reform gar nichts: Bestenfalls heikel, schlimmstenfalls bedenklich bleibt die Arbeit der Verfassungsschützer doch. Es liegt im Interesse der Bürger, dass der Staat sie vor Verfassungsfeinden schützt. Es liegt in der Natur der Sache, dass Verfassungsschützer dieser Aufgabe ohne geheimdienstliche Methoden kaum gerecht werden können. Gerade deshalb müssen sich die „Dienstleister für Demokratie“ demokratischer Kontrolle unterwerfen und über ihr Tun detailliert Rechenschaft ablegen. Nur wie soll das gehen – transparente Geheimhaltung?

Kein Gesetz kann regeln, wie viel Freiheit man der Sicherheit opfern darf und umgekehrt. Deshalb muss man den Verfassungsschutz nicht abschaffen, aber er muss seine Berechtigung immer wieder aufs Neue unter Beweis stellen. Übrigens auch nach der Reform. [silke.hellwig@weser-kurier.de](mailto:silke.hellwig@weser-kurier.de)

# Bund hilft Ländern gegen Extremisten

Verfassungsschutzreform soll für bessere Unterstützung sorgen / Bremer Amt teilt Kritik am Gesetz nicht

VON RALF MICHEL  
UND LISA BOEKHOFF

**Berlin-Bremen.** Als Lehre aus dem Ermittlungsdesaster bei der rechten Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wird die Arbeit der Verfassungsschützer in Bund und Ländern neu geordnet. Der Bundestag hat dazu am Freitag eine lange diskutierte Reform verabschiedet. Die Behörden werden zu einem intensiveren Informationsaustausch in einer gemeinsamen Datenbank verpflichtet. Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll mehr Befugnisse bekommen und im Zweifelsfall auch in den Ländern operativ eingreifen können – bei gewaltorientierten Bestrebungen „notfalls auch ohne Einvernehmen mit dem Land“, erläutert Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU).

Während einige Bundesländer dies kritisieren, sieht man in Bremen eher die Vorteile. Denn der Zwei-Städte-Staat gilt weiterhin als Hochburg des Salafismus. Aber auch der Rechtsextremismus steht auf der Agenda des Verfassungsschutzes weit oben. Unter Beobachtung steht derzeit besonders die Schnittmenge von Rechtsextremisten, Hooligans und Rockern. Deshalb verständigten sich SPD und Grüne in ihren Koalitionsverhandlungen darauf, den Verfassungsschutz personell aufzustocken.

Mehr Unterstützung könnte die Landesbehörde jetzt also auch vom Bund bekommen. Bremens oberster Verfassungsschützer, Hans-Joachim von Wachter, sieht die Veränderung „überhaupt nicht als Bevormundung“. In Bremen sei man auf die Hilfe des Bundes angewiesen, sagt der Leiter des Landesamtes. Wenn der helfe, wenn es ein gefährliches salafistisches Netz in Bremen gebe, dann sei ihm das nur recht.

„Dass es einen Konflikt zwischen uns geben kann, das kann ich mir nicht vorstellen.“ Im Grunde ändere sich für Bremen aber nichts, sagt von Wachter. „In der Reform findet sich vieles, was wir in Bremen schon seit Jahren praktizieren.“ Dass der Bund ohne Absprache mit dem Land agieren wolle, sehe er nicht. Einen gemeinsamen Informationsaustausch zwischen Bund und Land gebe es schon lange, also

Gespräche darüber, was beobachtet wird. Das Bundesamt soll die Zusammenarbeit der Ämter künftig koordinieren und die Erkenntnisse zu wesentlichen Phänomenbereichen zentral auswerten.

Die nun verabschiedete Reform versteht von Wachter als Reaktion auf Länder, die nach Ansicht des Bundes in Sachen NSU maßgeblich versagt hätten. Erst dadurch habe dieser Untergrund überhaupt existieren können.

Den Einsatz von V-Leuten habe man in Bremen bereits ab 2008 reformiert. V-Leute dürften demnach nicht so bezahlt werden, dass sie eine extremistische Gruppe maßgeblich finanziell oder ideologisch beeinflussen können. Der Bund legt mit der Reform nun erstmals Grenzen für V-Leute fest – auch bei deren Bezahlung. Wer zu einer Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt worden ist, scheidet als Quelle zu dem in der Regel künftig aus.

Als die Terrorzelle aufflog, sei allen klar gewesen, dass der Verfassungsschutz sich reformieren müsse, erinnert sich von



Hans-Joachim von Wachter FOTO: KOCH

## Griechen dürfen abstimmen

**Athen-Berlin.** Auch nach der Volksabstimmung am Sonntag über den umstrittenen Sparkurs ist für das pleitebedrohte Griechenland keine schnelle Rettung in Sicht. Die Bundesregierung dämpfte am Freitag Hoffnungen der Linksregierung in Athen, zügig frische Hilfgelder zu erhalten. Der Ausgang des Referendums ist laut Umfragen völlig offen. In Athen gingen am Freitagabend Befürworter und Gegner der Sparpolitik jeweils zu Zehntausenden auf die Straße. Auch in Bremen sowie in anderen deutschen und europäischen Städten demonstrierten Tausende Gegner der Sparvorgaben für Griechenland.

Zuvor hatte das höchste Verwaltungsgericht des Landes den Weg für das Referendum freigemacht. Das Gericht wies Klagen von Bürgern gegen die Volksabstimmung aus formalen Gründen ab. Bei der Abstimmung sollen die Griechen sagen, ob sie den Forderungen der Gläubiger zustimmen oder sie ablehnen. Das Hilfspaket, zu dem diese Bedingungen gehören, ist allerdings am 30. Juni ausgelassen und damit überholt. Dennoch gilt das Votum nach den ergebnislosen Verhandlungen Athens mit den Geldgebern als wichtiges Signal für die zukünftige Kooperation des hoch verschuldeten Landes mit seinen Gläubigern. Tsipras hat seine politische Zukunft indirekt mit der Abstimmung verknüpft. Sein Finanzminister Gianis Varoufakis hat klar angekündigt, bei einem „Ja“ der Griechen zurückzutreten. Bericht Seite 4

### DER NORDEN

#### Staufreies Bremervörde

2 und 15

Bremervördes Ortsdurchfahrt steht vor einer erheblichen Entlastung. Erst funktionierte die Umgehung nicht, weil sie nicht ausgeschildert werden durfte. Nun geht es doch – durch eine einfache Umwidmung.

### WIRTSCHAFT

#### Internationale Brause aus Hemelingen

17

Die Coca-Cola-Company hat ihren Sitz zwar in Atlanta im US-Staat Georgia, aber wegen des Konzessionsprinzips verteilt sich die Produktion über den gesamten Globus – und so auch bis nach Hemelingen.

### KULTUR

#### Kammerphilharmonie im Museum

24

Julia Baier hat einen Blick fürs Ungewöhnliche. Die Fotografin begleitet seit 15 Jahren die Deutsche Kammerphilharmonie Bremen. Ab Sonntag sind ihre Schwarz-Weiß-Fotografien im Focke-Museum zu sehen.

### SPORT

#### Paradiesvogel und Lebenskünstler

26

Dustin Brown aus Winsen ist ein ungewöhnlicher Tennisprofi: Er schätzt deutsche Pünktlichkeit, gibt sich aber auch gern karibisch entspannt. Mit seinem unberechenbaren Angriffsspiel fasziniert der Paradiesvogel und Lebenskünstler das Publikum in Wimbledon.



### RUBRIKEN

Beruf & Karriere	S 1	Lesermeinung	7
Familienanzeigen	22, 28	Rätsel & Roman	23
Fernsehen	21	Veranstaltungsanzeigen	14, 20
Immobilien & Wohnen	11	Heute mit Fahrzeugmagazin On Tour	

## Einigung bei Post in weiter Ferne

**Bad Neuenahr-Bremen.** Nach fast vier Wochen bundesweitem Streik ist der Weg zu einer Einigung bei der Post weiterhin steinig. Am ersten Verhandlungstag der siebten Tarifrunde am Freitag in Bad Neuenahr kamen die Tarifparteien kaum vom Fleck. „Wir treten auf der Stelle“, sagte ein Verdi-Sprecher, „ein Durchbruch ist nicht in Sicht.“ Bei der Post hieß es am Abend, es gebe keine wesentlichen neuen Entwicklungen. Die Tarifverhandlungen sollen am Sonnabendmorgen fortgesetzt werden.

Deutlich sichtbar wurde der Tarifkonflikt am Freitag auch in Bremen. Etwa 1000 streikende Postangestellte haben mit einer Protestaktion beim Café Sand ihrem Unmut über die Politik des Konzerns Luft gemacht. Sie kritisieren die Post-Führung für ihre Zurückhaltung im aktuellen Tarifkonflikt, werfen ihr aber auch ganz allgemein Lohndumping und Tarifflucht vor. Unterstützt wurden die Streikenden von Wirtschaftsprofessor Rudolf Hickel. Er wirft der Post vor, das Streikrecht zu torpedieren, indem sie zur Sonntagsarbeit aufruft, um während des Ausstands mit den Briefen und Paketen irgendwie nachzukommen. Und er kritisiert, dass die Post Beamte einsetzt, um die Vielzahl liegen gebliebener Sendungen zu bewältigen. Die Post weist die Vorwürfe zurück: die Beamten seien freiwillig gekommen. Auch Bonner Arbeitsrichter haben eine Klage der Gewerkschaft Verdi gegen den Einsatz von Beamten abgewiesen. Bericht Seite 11

### KOPF DES TAGES

#### Tony Martin



Tony Martin hat einen Traum. Wenn an diesem Sonnabend in Utrecht die 102. Tour de France beginnt, will der deutsche Radsportler gleich ins Gelbe Trikotschlüpfen – und dieses dann möglichst lange verteidigen. Der dreimalige Zeitfahr-Weltmeister hat sich in seiner Wahlheimat in der Schweiz am Bodensee gezielt auf diese 13,8 Kilometer lange Etappe vorbereitet. Alles andere als ein Sieg im Sprint um das begehrteste Hemd der Welt wäre für Martin eine Enttäuschung.

### WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag



Höhepunkt der Hitzewelle  
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

6 0027  
4 194176 301606